INFORMATIONEN

FÜR PRESSE, FUNK UND FERNSEHEN

Ihr Ansprechpartner Katharina Toparkus

katharina.toparkus@muenchen.ihk.de

Telefon 089 5116-1227

Datum 27.01.2020

Bayerische Wirtschaft dringt auf Brexit-Abkommen bis Jahresende

BIHK-Präsident Sasse: "Pragmatismus muss vor Ideologie gehen"

München – Vor dem Brexit-Termin am 31. Januar 2020 spricht sich der Bayerische Industrie- und Handelskammertag (BIHK) für einen zügigen Abschluss des Freihandelsabkommens zwischen der EU und Großbritannien aus. "Die bayerische Wirtschaft braucht freie Bahn für ihre Handelsströme auf die Insel", sagt BIHK-Präsident Eberhard Sasse. Eine möglichst enge Anbindung Großbritanniens an die EU ohne Zölle oder andere Handelshemmnisse sei unerlässlich. "Beide Seiten sind nun endgültig gefordert, Großbritannien mit einer tragfähigen Lösung pragmatisch und geordnet an einem europäischen Verbund zu beteiligen", sagt der BIHK-Präsident. Während der Übergangsphase sind die Regelungen des EU-Binnenmarkts in Großbritannien weiterhin gültig. Ebenso bleibt der britische Zugang zum EU-Binnenmarkt bestehen.

Bayerische Firmen unterhalten eng verflochtene Handelsbeziehungen und Lieferketten mit Großbritannien und betreiben dort nach IHK-Angaben rund 460 Niederlassungen. Diese beschäftigen rund 70.000 Mitarbeiter, die einen jährlichen Umsatz von 42 Milliarden Euro erwirtschaften. Britische Unternehmen haben in Bayern 273 Niederlassungen und beschäftigen rund 45.000 Mitarbeiter. Sie erzielen hier Umsätze in Höhe von rund 29 Milliarden Euro.

War Großbritannien vor dem Brexit im Jahr 2015 noch Bayerns zweitwichtigster Exportmarkt, liegt es im aktuellen Ranking nur noch auf Platz fünf. Von Januar bis November 2019 sanken die bayerischen Ausfuhren nach Großbritannien im Vergleich zum gleichen Vorjahreszeitraum noch einmal um 2,4 Prozent, auf 11,6 Milliarden Euro. Laut einer IAB-Studie sind in Bayern rund 80.000 Arbeitsplätze direkt oder indirekt vom Exportgeschäft mit Großbritannien abhängig. Eine im Auftrag der IHK München erstellte Studie des ifo Instituts München hat ergeben, dass ein harter Brexit Bayern jährlich 0,24 Prozentpunkte Wirtschaftswachstum kosten könnte, ein Verlust von 1,4 Milliarden Euro Wirtschaftsleistung. Besonders eng mit Großbritannien verflochtene Branchen sind der Fahrzeug- und Maschinenbau sowie die Elektrotechnik- und Elektronikindustrie.

Die bayerischen IHKs empfehlen den Unternehmen, die auf jeden Fall bis Ende 2020 andauernde Brexit-Übergangsphase für weitere Vorkehrungen zu nutzen und stellen dazu umfangreiches Online-Informationsmaterial sowie Beratungsangebote zur Verfügung. Die IHKs weisen besonders darauf hin, dass je nach Ausgang der Brexit-Verhandlungen zollrechtliche Vorschriften für den Warenverkehr zum Zuge kommen können, mit denen viele bislang nur im EU-Binnenmarkt tätige Unternehmen keinerlei Erfahrungen haben.